

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 24.04.2008

AN/0852/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.04.2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zum Antrag der FDP-Fraktion, "Versorgungsregelungen von Vorständen und Geschäftsführern", DS-Nr. AN/0547/2008, Änderungsantrag der CDU-Fraktion, DS-Nr. AN/0825/2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zum Antrag der FDP-Fraktion betr. „Versorgungsregelungen von Vorständen und Geschäftsführern“ sowie zu dem diesen betreffenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion in die Tagesordnung des Rates am 24.04.2008 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der gutachterlichen Prüfung auszuwerten und hieraus einen konkreten Vorschlag für eine einheitliche Vertragsgestaltung von Vorstands- und Geschäftsführerverträgen in den stadt beteiligten Unternehmen hinsichtlich der Vergütungs- und Versorgungsregelungen zu entwickeln. Der Vorschlag ist dem Rat, nach Vorberatung durch den Finanzausschuss, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen der Prüfung ist insbesondere Stellung zu nehmen zu der Frage, ob folgende Eckpunkte in den Vorstands- und Geschäftsführerverträgen sinnvoll realisiert werden können und sollen:

1. Die Vergütung setzt sich zusammen aus einem festen Grundgehaltsbestandteil und einem tatsächlich variablen, erfolgsabhängigen und in der Summe gedeckelten Vergütungselemente, durch das ein leistungsorientierter Bestandteil im Rahmen der Vergütung sichergestellt wird.
2. Die Altersversorgung ist in die Alleinverantwortung der Vorstände und Geschäftsführer zu stellen. Gesonderte Regelungen hierzu entfallen.
Um den angemessenen Aufbau einer ausreichenden Altersversorgung zu gewährleisten, ist im Grundgehalt ein angemessener Finanzierungsanteil vorzusehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer